

Asylbewerber fordern angemessene Bargeldzahlungen für Teilhabe

Berlin's welfare associations demand higher cash payments for asylum seekers, criticizing the proposed prepaid card system as inadequate and excluding.

Wohlfahrtsverbände fordern angemessene Bargeldauszahlungen für Asylbewerber

Die Bedeutung angemessener Bargeldauszahlungen für Asylbewerber

Stand: 12:21 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Die Ausgabe von Bargeld an Asylbewerber ist ein Thema, das in den Berliner Wohlfahrtsverbänden derzeit diskutiert wird. Es geht darum, wie viel Bargeld Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden sollte, um ihre Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Die vorgesehene Bezahlkarte bedeutet, dass Schleuser oder Familien in den Herkunftsländern keine Geldzahlungen erhalten können. Jedoch sind die Wohlfahrtsverbände der Meinung, dass 50 Euro Bargeld pro Person nicht ausreichen.

Die Berliner Wohlfahrtsverbände, bestehend aus der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, der Diakonie und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, fordern eine angemessene Bargeldauszahlung für Asylbewerber. Laut ihrer Pressemitteilung sollte ein Zwei-Personen-Haushalt mindestens 184 Euro pro

Person erhalten, um eine würdige Teilhabe zu gewährleisten.

Andrea Asch, Vorständin der Diakonie, äußerte sich ebenfalls zu diesem Thema und bezeichnete 50 Euro als unwürdig und ausgrenzend. Die Wohlfahrtsverbände appellieren an den Berliner Senat, dass sich die Bezahlkarte an den Regelsätzen des Asylbewerberleistungsgesetzes orientieren sollte.

Es ist wichtig zu beachten, dass Geflüchtete Familien häufig auf Gebrauchtmärkten einkaufen. Mit 50 Euro pro Person pro Monat ist es für eine junge geflüchtete Familie schwierig, eine Babyausstattung oder einen Kinderwagen zu finden. Ebenso können Jugendliche mit den ihnen zustehenden 25 Euro im Monat ihre sozialen Kontakte kaum pflegen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit angemessener Bargeldauszahlungen.

Erfahrungen aus Brandenburg zeigen, dass das aktuelle monatliche Bargeld nicht für notwendige Einkäufe ausreicht. Außerdem fehlen Kartenlesegeräte dort, wo sie benötigt werden. Daher bezeichnen die Wohlfahrtsverbände die derzeitige Ausgestaltung der Bezahlkarte als kein Erfolgsmodell und als ein Hindernis für die Integration. Des Weiteren befürchten sie, dass eine überbordende Bürokratie die Folge sein wird.

Die Bezahlkarte wurde eingeführt, um Geldzahlungen an Schleuser oder Familien in den Herkunftsländern zu verhindern, die Verwaltung in den Kommunen zu erleichtern und den Anreiz zu illegaler Migration zu verringern. Die Wohlfahrtsverbände sehen die Bezahlkarte jedoch nur als Übergangslösung bis zur Einrichtung eines Basiskontos.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de